

Absender:

**CDU-Fraktion im Rat der Stadt**

**19-11941**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Wirksamer Schutz von Mädchen und Frauen**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.10.2019

Beratungsfolge:

Ausschuss für Integrationsfragen (zur Beantwortung)

Status

24.10.2019

Ö

**Sachverhalt:**

Laut Terre des Femmes' Dunkelzifferstatistik lebten im Jahr 2018 in Deutschland ca. 64.800 Frauen, die vom Ritual der Genitalverstümmelung betroffen sind. Dieser brutale Eingriff zählt zu den Menschenrechtsverletzungen. Das Leben der Frauen wird drastisch verändert und nicht zuletzt durch das Risiko von Infektionen gefährdet.

Es ist zu befürchten, dass nicht nur bundesweit, sondern auch in Braunschweig die Zahl der betroffenen Frauen und Mädchen wächst, da die Zahl der Flüchtlinge, die aus den Ländern kommen, in denen das Ritual durchgeführt wird, in den vergangenen Jahren massiv gestiegen ist und sich teilweise auf hohem Niveau verfestigt hat.

Da Genitalverstümmelung in Deutschland strafrechtlich verfolgt wird, wird vielen Mädchen die Verstümmelung im Ausland angetan. Es ist zu befürchten, dass die Mädchen in immer jüngerem Alter der Beschneidung zugeführt werden. Also in einem Alter, in dem sie sich weder wirksam wehren noch verstehen können, was ihnen angetan wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Ist in den Braunschweiger Aufnahme- und Wohneinrichtungen bzw. der Verwaltung allgemein bekannt, in welchen Ländern das Ritual praktiziert wird?
2. Sind Mädchen und Frauen, die aus diesen Ländern kommen, gesondert registriert?
3. Erfolgt eine Aufklärung der betroffenen Frauen und Mädchen, wohin sie sich in Braunschweig wenden und sich ggf. behandeln lassen könnten?

**Anlagen:**

keine